

70. Baltisches Historikertreffen

Veranstalter: Baltische Historische Kommission

Datum, Ort: 10.06.2017–11.06.2017, Göttingen

Bericht von: Matthias Thumser, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin; Jan Kusber, Historisches Seminar, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

Die von der Baltischen Historischen Kommission (BHK) organisierte Tagung setzte sich aus zwei Sektionen zusammen. Am Vormittag des 10. Juni wurde unter dem Titel „Historische Kommissionen und baltische Geschichtsforschung – Reflexionen nach sieben Jahrzehnten Baltische Historikertreffen“ der Blick auf das Selbstverständnis und die eigene Tätigkeit gerichtet. Die drei Beiträge sollen demnächst in den „Blättern für deutsche Landesgeschichte“ publiziert werden.

MATTHIAS THUMSER (Berlin) eröffnete die von ihm organisierte Sektion mit einem Vortrag über die Stellung der Historischen Kommissionen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Entstanden sind sie seit 1876 als gelehrte Vereinigungen der außeruniversitären landesgeschichtlichen Forschung, die sich zum einen an das Organisationsmodell der Akademien anlehnten, zum anderen Aufgaben der Historischen Vereine übernahmen und diese verwissenschaftlichten. Eine Reihe von Beispielen zeigt, dass ihr Aufgabenspektrum von Beginn an vornehmlich langfristige Projekte aus dem Bereich der Landesgeschichte umfasste, welche die Möglichkeiten eines einzelnen überstiegen; im einzelnen Editionen, Nachschlagewerke und Hilfsmittel. Wie eine Analyse der Internetseiten von 28 Historischen Kommissionen und ranggleichen Vereinigungen ergibt, gilt dies auch heute noch. Die meisten halten an ihren traditionellen Aufgaben fest und erzielen mit ihren Publikationen zum Teil erstaunliche Ergebnisse. Hinzugekommen ist die Forumfunktion. Alle Kommissionen bilden heute ein auf den betreffenden Raum bezogenes geschichtswissenschaftliches Netzwerk. Bei einem Blick in die Zukunft wurde der Wunsch geäußert, dass bei der BHK die Grundlagenforschung in Sinne der ursprünglichen Aufgabenstellung noch stärker zu ihrem Recht

gelangen möge.

Im Vortrag von JUHAN KREEM (Tallinn) und ILGVARS MISĀNS (Riga) „Der Blick aus dem Baltikum – Estland, Lettland und die Baltische Historische Kommission“ wurde der Umgang mit dem deutschen Faktor in den nationalen Historiographien beider Länder behandelt und die brückenbauende Funktion der BHK für die estnische und lettische Geschichtswissenschaft während des West-Ost-Konflikts herausgestellt. Nach der politischen Wende 1990/91 erwiesen sich die in der späten Sowjetzeit angeknüpften persönlichen Kontakte als ein wertvolles Kapital für die vertiefte Zusammenarbeit. Derzeit bietet die Kooperation mit der BHK Esten und Letten die Möglichkeit, sich an deutschsprachige Zuhörer und Leser zu wenden und somit ihre Forschungsergebnisse international bekannt zu machen. Die unlängst vorgenommene Gleichstellung der Kommissionsmitglieder aus Deutschland, dem Baltikum und anderen Ländern erleichtert es, gemeinsame Forschungsprojekte, Konferenzen und Publikationen zu initiieren. Der anschaulichste Beweis der Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist das Jahrbuch „Forschungen zur baltischen Geschichte“, das von Mitgliedern der BHK aus Estland, Deutschland und Lettland gemeinsam betreut wird.

Im letzten Vortrag dieser Sektion würdigte der Mitarbeiter der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien JOCHEN ROHWER (Bonn) das 70-jährige Engagement der BHK für die Erforschung der baltischen Geschichte und erläuterte im Anschluss die wesentlichen Eckpunkte der weiterentwickelten Konzeption zur Kultur- und Wissenschaftsförderung nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz, die im Februar 2016 im Bundeskabinett beschlossen wurde. Demnach soll die Beschäftigung mit der deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa verstärkt in einem europäischen Kontext erfolgen. Künftig werden europäische Kooperationen der bundesgeförderten Museen, Vermittlungs- und Forschungseinrichtungen gestärkt. Des Weiteren gilt es, durch die Professionalisierung der geförderten Einrichtungen und eine zeitgemäße Vermittlungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit den Erinnerungstransfer von einer Generation zur

nächsten sicherzustellen. Für die 4,5 Millionen seit 1950 als Spätaussiedler in Deutschland aufgenommenen Menschen soll eine angemessene Erforschung, Präsentation und Vermittlung ihrer Kultur und Geschichte durch regionale Museen und Kulturreferenten erfolgen. Erstmals werden auch die deutschen Minderheiten und ihre Selbstorganisationen im östlichen Europa und in den Nachbarstaaten der Sowjetunion berücksichtigt. Als letzten Eckpunkt der Konzeption nannte Rohwer die Digitalisierung, die großes Potenzial für die Erschließung der vielfältigen Sammlungen im Förderbereich sowohl für die Wissenschaft selbst als auch für ihre Vermittlung berge.

Ein zweiter Schwerpunkt des Historikertreffens stand unter dem Thema „Wege aus dem Krieg. Frieden und Friedenschlüsse in und zwischen den Staaten Nordosteuropas nach dem Ersten Weltkrieg“. Anlass für die Themenwahl waren einerseits die Unabhängigkeitserklärungen Estlands, Lettlands und Litauens im Jahre 1918, andererseits sollte gefragt werden, welche Gelingenbedingungen in den Gesellschaften der neuen Staaten, die alle mit Minderheitenproblemen, der Organisation von Institutionen der Staatlichkeit und der Herstellung von Sicherheit befasst waren, existierten.

Ausgangspunkt, so JAN KUSBER (Mainz) in seiner Einführung, war der Befund, dass das östliche Europa spätestens mit dem Ersten Weltkrieg als Gewaltraum (Timothy Snyder) konzeptualisiert worden ist, dem etwas Essentialistisches anzuhaften scheint. Dieses derzeit starke Narrativ sollte gleichsam „umgedreht“ und gefragt werden, ob die Zwischenkriegszeit im Nordosteuropa wirklich nur die Abwesenheit von Krieg bedeutete und ob es zutreffend sei, von vornherein von defekten Demokratien in den neuen Staaten zu sprechen, die auch zu konzertiertem außenpolitischen Handeln nur begrenzt in der Lage gewesen wären.

Der erste Teil der Sektion wandte sich innenpolitischen Problemen Lettlands, Litauens, Estlands und Polens zu, wobei alle Referenten die Wechselwirkung zwischen innerer und äußerer Politik betonten.

SVETLANA BOGOJAVLENSKA (Mainz) exemplifizierte die Probleme der postimpe-

rialen Gesellschaft in Lettland anhand der Minderheiten. Im Mittelpunkt ihres Vortrages, der die Zeit bis zum Putsch Ulmanis' von 1934 in den Blick nahm, stand weniger die unterdessen gut erforschte deutsche Minderheit, sondern die zahlenmäßig ungleich stärkere russische und die jüdische Minderheit mit ihren Bestrebungen, sich in der Gesellschaft zu positionieren und auch zu integrieren. Diese beiden Minderheiten waren bereit, mit der unmittelbar mit der Staatsgründung im Parlament beschlossenen Schulautonomie zu arbeiten und diese als Ausgangsbasis zur Behauptung eigener Identitäten zu nutzen. Immerhin standen hierfür eigene Schulabteilungen mit Inspektoren aus den Minderheiten zur Verfügung. Zugleich signalisierten ihre Vertreter immer wieder die Bereitschaft, zum Gelingen einer lettischen „Staatsgemeinschaft“ beizutragen. Eine Kulturautonomie wie in Estland wurde zwar nicht erreicht, anders jedoch als die deutsche Minderheit schienen Russen und Juden auf der Basis des Schulstatus ihre kulturelle Eigenheit im Kontext des lettischen Staates bewahren zu können und zu wollen.

MATHIAS NIENDORF (Greifswald) versuchte das Gelingen innerstaatlicher Konsolidierung im Litauen der Zwischenkriegszeit zu skizzieren und betonte, dass dies vom Wilna-Konflikt präfiguriert wurde. Die Rückgewinnung Wilnas sei in der litauischen Politik zum Dogma erhoben worden, ohne sich klar zu machen, welche Herausforderungen die Integration Wilnas und Mittellitauens bedeutet hätte. Die Frage des Gelingens beantwortete Niendorf, indem er Augustinas Voldemaras' Versprechen vom Ende des Jahres 1926, Litauen solle eine „glückliche“ Gesellschaft werden, als Messlatte nahm. Mit Blick auf die ökonomische Entwicklung, die den sozialen und gesellschaftlichen Frieden über Prosperität befördert hätte, hätte es bis zum vergleichsweise späten Einbrechen der Folgen der Weltwirtschaftskrise durchaus eine positive Entwicklung gegeben.

KARSTEN BRÜGGEMANN (Tallinn) diskutierte Estlands Weg zum Staat zwischen 1918 und 1920. Ihn interessierte vor allem, wie die omnipräsente Gewalt während Krieg, Revolution und Bürgerkrieg zivilisiert werden konnte und wie es gelang, dass das est-

nische Militär mit seiner starken Führungsfigur Johan Laidoner sich der zivilen Gewalt unterordnete. Eine zentrale Rolle spielte hierbei die strikte Reglementierung der 1918/19 zunächst recht willkürlich handelnden Feldgerichte. Insgesamt wurde an Traditionen der Selbstverwaltung angeknüpft, die vor 1917 für ein Entstehen von zivilgesellschaftlichen Elementen gesorgt hatten. In Estland sei nach 1918 im Grunde der Traum von der Februarevolution realisiert worden, der auch den kommunistischen Umsturzversuch von 1924 überstand.

WERNER BENECKE (Frankfurt an der Oder) erweiterte das Tableau, indem er für das wiederentstandene Polen jene vier Woiwodschaften einbezog, die als Kresy Wschodnie an der Ostgrenze des Staates lagen und über große weißrussische und ukrainische Bevölkerungsanteile verfügten. An drei Feldern überprüfte er das Gelingen einer Integration in den polnischen Gesamtstaat. Er analysierte zunächst die Ordnungs- und Repressionsmacht. In den Kresy wurden zu Beginn der 1920er-Jahre mehr Polizisten eingesetzt als in den anderen Woiwodschaften, ihre Zahl überstieg die der Lehrer. Es waren demobilisierte Soldaten, die so in die Gesellschaft integriert wurden und mit einigem Erfolg Polens Antwort auf das Freikorpsproblem darstellten. Das zweite Feld war eine gelungene Landreform, die an Grundgedanken der Agrarreformen Petr Stolypins vor 1917 im russischen Imperium anknüpfte und selbständig wirtschaftende Bauernstellen, oft auch von ehemaligen Soldaten besetzt, schuf. Das letzte Feld betraf die Schaffung eines Raumes relativer Toleranz für die Orthodoxie mit einer autokephalen orthodoxen Kirche in Polen, in der Russisch als Sprache nicht angegriffen wurde. Diesen Integrationsleistungen hätte freilich ein allgegenwärtiger polnischer Nationalismus entgegenstanden.

In den jeweils anschließenden Diskussionen stellte sich übergreifend heraus, dass die wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklungen in allen Nachkriegsgesellschaften von überragender Bedeutung waren, wofür die Qualität der überall durchgeführten Agrarreformen entscheidend gewesen sei. Durchaus kontrovers wurde die Bedeutung der Weltwirtschaftskrise für Staaten und Gesellschaf-

ten in der Region bewertet und dabei das Fehlen aktueller datengesättigter wirtschaftsgeschichtlicher Detailuntersuchungen bedauert.

Der zweite Teil der Sektion war Friedensordnungen und der Sicherheit zwischen den Staaten Nordosteuropas gewidmet.

In einem Überblick schilderte JAN KUSBER (Mainz) die „diplomacy of survival“ (John Hiden) der drei baltischen Staaten, wobei er deren Perspektive um die der beiden großen Mächte der Region, Deutschland und Sowjetrussland, und ihr Streben nach Revision der Grenzen erweiterte. Kusber diskutierte die bilateralen und multilateralen Verträge in ihrer Bedeutung für eine stabile Friedens- und Sicherheitsarchitektur im Nordosten Europas. Zunächst einmal hätten die Grenz- und Friedensverträge die Grenzen im Osten gesichert – immerhin bis zur Okkupation der baltischen Staaten durch die Sowjetunion in Folge der Hitler-Stalin-Pakte von 1939. Die gemeinsamen Initiativen der baltischen Staaten bis zur Baltischen Entente des Jahres 1934 seien von begrenzter Bedeutung und ein funktionierendes System kollektiver Sicherheit wegen der wechselnden Interessen Deutschlands und der Sowjetunion nicht möglich gewesen.

BENJAMIN CONRAD (Mainz) fragte anhand der aktuellen polnischen Historiographie nach der Bedeutung des Friedens von Riga, der den polnisch-sowjetischen Krieg beendete. Ist es gerechtfertigt von einer Pariser-Rigaer Friedensordnung zu sprechen, so wie in jüngster Zeit geschehen? Die Friedenskonferenz in Riga, die im Schwarzhäupterhaus stattfand und den jungen lettischen Staat durch seine Gastgeberrolle aufwertete, war in ihrer Dimension ungleich kleiner als jede der Pariser Vorortkonferenzen an sich, und mit ihr gelang es auch nicht, die Konflikte der Region zu befrieden, weil insbesondere der Wilna-Konflikt ein beständiges Unruhemoment der internationalen Beziehungen blieb.

TIMO NAHLER (Mainz) griff in seinem Vortrag einen speziellen Aspekt der Frage von Sicherheit in den baltischen Staaten heraus und fragte danach, wie die US-amerikanische Gesandtschaft in Riga die Gefahr einer kommunistischen Unterwanderung Lettlands von der Staatsgründung bis zum Putsch Ulmanis' von 1934 beurteilte. Sein Thema verband

Innen- und Außenpolitik insofern, als die Berichte der Amerikaner aus einem umfassenden Wissen der lettischen Geheimpolizei gespeist wurden, zu dem direkter Zugriff gewährt wurde, und weil innenpolitische Akteure wie die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften und Jungenorganisation analysiert wurden. Von übergeordnetem Interesse war in Washington jedoch die Frage nach den Möglichkeiten eines kommunistischen Take-Over im Baltikum, wie er in Estland 1924 versucht wurde. Aus den Berichten des Gesandten Coleman ist ersichtlich, dass das Vertrauen in die lettische Gesellschaft und ihre anti-kommunistische Grundeinstellung insgesamt stieg. Aus ihnen erhellt aber auch, wie selektiv der Blick der Amerikaner war, die sich als politischer Faktor aus dem Baltikum weitgehend zurückgezogen hatten.

In den jeweils anschließenden Diskussionen wurde unter anderem bedauert, dass ein Beitrag zu Finnland, das ja 1939/40 seine Eigenständigkeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion behaupten konnte, fehlte. Zugleich wurde gefragt, inwiefern man bei der Analyse von Frieden und Sicherheit von der Katastrophe des Hitler-Stalin-Paktes und seinen Konsequenzen her denken müsse.

Konferenzübersicht:

Eröffnung durch den ersten Vorsitzenden
Matthias Thumser (Berlin)

Historische Kommissionen und baltische Geschichtsforschung – Reflexionen nach sieben Jahrzehnten Baltische Historikertreffen

Matthias Thumser (Berlin): Historische Kommissionen damals, heute und in der Zukunft

Juhan Kreem (Tallinn) / Ilgvars Misāns (Riga): Der Blick aus dem Baltikum – Estland, Lettland und die Baltische Historische Kommission

Jochen Rohwer (Berlin): Die Weiterentwicklung der Kultur- und Wissenschaftsförderung nach § 96 BVFG

Wege aus dem Krieg. Frieden und Friedensschlüsse in und zwischen den Staaten Nordosteuropas nach dem Ersten Weltkrieg

1. Frieden und gelingende Gesellschaften in

den neuen Staaten?

Jan Kusber (Mainz): Einführung

Svetlana Bogojavlenska (Mainz): Auf dem Weg zur „Staatsgemeinschaft“: Kulturelle Autonomie der Minderheiten in Lettland 1919–1934

Mathias Niendorf (Greifswald): Litauens Weg aus dem Krieg und eine Gesellschaft im Provisorium

Karsten Brüggemann (Tallinn): Estlands Weg zum Staat und die Einhegung der Gewalträume

Werner Benecke (Frankfurt an der Oder): (Ost-)polnische Gesellschaften und ihr Weg aus dem Krieg

2. Friedensordnungen in Nordosteuropa

Jan Kusber (Mainz): Sicherheitskonstruktionen im Nordosten Europas – bilateral und multilateral

Benjamin Conrad (Mainz): Eine Paris-Rigaer Friedensordnung? Zur historischen Verortung der Friedenskonferenz von Riga 1920–21 im Friedensprozess nach dem Ersten Weltkrieg

Timo Nahler (Mainz): Im Blick der USA? Krieg, Kommunismus und die lettische Gesellschaft in der Sicht der amerikanischen Gesandtschaft in Riga

Tagungsbericht 70. *Baltisches Historikertreffen*. 10.06.2017–11.06.2017, Göttingen, in: H-Soz-Kult 19.07.2017.